

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

Lundi (après-midi) 14 septembre 2015

Direction de l'instruction publique

44 2015.RRGR.606 Demande de crédit

**Octroi de subventions cantonales à des gymnases privés (Freies Gymnasium Bern, Campus Muristalden AG, NMS Bern) pour la période allant du 1er janvier 2016 au 31 décembre 2019.
Crédit d'objet**

Annexe 10, ACE 736/2015

Le président. Wir kommen zu einem Kreditgeschäft: «Bewilligung Staatsbeiträge vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2019 an private Gymnasien (Freies Gymnasium Bern, Campus Muristalden AG, NMS Bern)». Das Geschäft hat ebenfalls die BiK vorberaten. Die Kommissionspräsidentin, Grossrätin Zäch, hat das Wort.

Elisabeth Zäch, Berthoud (PS), présidente de la CFor. Beim vorliegenden Kredit geht es darum, die Staatsbeiträge 2016–2019 für die privaten Berner Gymnasien festzulegen. Dies betrifft das Freie Gymnasium Bern, den Campus Muristalden sowie die NMS Bern. Alle drei sind bewährte Bildungsinstitutionen mit Tradition. Sie haben ihren festen und eigenständigen Platz in der gymnasialen Bildung. Das hat man unter anderem in den Leitlinien zur Bildungsstrategie 2005 hier im Rat so gewünscht. Man will diese privaten Gymnasien ausdrücklich so unterstützen. Hinzu kommt, dass der Kanton Bern für diese Gymnasiasten und Gymnasiastinnen nur einen Anteil von 60 Prozent der Kosten einer Schülerin oder eines Schülers eines kantonalen Gymnasiums bezahlen muss. Also führen die privaten Gymnasien auch zu einer Entlastung des Kantons, aber das steht hier nicht im Vordergrund.

Die Berechnungsgrundlagen für die Jahre 2016–2019 erscheinen unserer Kommission plausibel und korrekt. Sie sind uns ausführlich dargelegt worden, sowohl im Antrag wie auch in der Kommission, und gaben auch zu keinen weiteren Diskussionen Anlass. Diskutiert hat man hingegen am Rand über die Frage der Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen an den privaten Gymnasien sowie über die Frage, ob die Anforderungen an den privaten Gymnasien gleich hoch seien wie an den kantonalen Maturitätsschulen. Es ging insbesondere um die Frage, ob man über die privaten Gymnasien zu einer «Matura light» gelangen könne oder nicht. Regierungsrat und Verwaltung haben dies klar widerlegt, und es steht auch so im Antrag. Auch die Matura der Privatschulen steht unter der Aufsicht der kantonalen Maturitätskommission. Es müssen dieselben Vorgaben eingehalten werden wie bei den kantonalen Gymnasien. Damit sind auch die kantonalen Prüfungsbedingungen und Qualitätsanforderungen erfüllt, und die Maturitätszeugnisse sind schweizweit anerkannt. Einzig bei den Zulassungsbedingungen, bei der berühmten Selektion, ist man bei den privaten Gymnasien offener. Man gibt mehr Schülerinnen und Schülern die Chance, diesen Weg zu gehen und sich zu beweisen. Dies ist etwas, das nicht zuletzt den BiK-Mitgliedern aus meiner Partei durchaus passt und das wir gerne auch an den öffentlichen Schulen hätten. Aber das ist ein anderes Thema, wir sprechen jetzt nicht über die Selektionsverfahren, sondern über Staatsbeiträge an drei bewährte Bildungsinstitutionen. Die Kommission empfiehlt mit grossem Mehr ein Ja zu diesen Beiträgen bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme. Ich hoffe, dass Sie der Kommission folgen werden.

Le président. Danke für diese Erläuterungen. Wir führen eine freie Debatte über dieses Geschäft, welches dem fakultativen Finanzreferendum unterliegt. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Les Verts). Was die Kommissionspräsidentin gesagt hat, möchte ich noch etwas pointierter ausdrücken. Es geht eigentlich um eine unbestrittene Sparvorlage. Wir bewilligen nämlich die Finanzierung der Ausbildung von ungefähr zehn Prozent der Maturandinnen und Maturanden im Kanton Bern, und wir stellen dafür nur 60 Prozent der Mittel zur Verfügung, die für die Ausbildung der anderen Maturanden benötigt werden. Wir bewilligen somit für vier Jahre rund 40 Mio. Franken und sparen dabei rund 26,5 Mio. Franken. Wie geht das? Die drei privaten Gymnasien sind natürlich auf zusätzliche Mittel angewiesen. Die Eltern der angehenden Maturandinnen und Maturanden müssen ein Schulgeld entrichten. Mir ist es wichtig, auf etwas hinzuweisen, was im Vortrag des Regierungsrats nicht steht: Diese Schulgelder sind nach dem Einkommen der Eltern abgestuft. Das wurde in früheren Leistungsvereinbarungen des Kantons ausdrücklich verlangt. Jetzt ist dies offenbar nicht mehr der Fall, aber die drei Schulen halten sich freiwillig und aus eigener Überzeugung an die bisherige Praxis. Das geht so weit, dass Schulgeldreduktionen für Eltern mit tieferem Einkommen auch durch zusätzliche Beiträge durch Eltern finanziert werden, die finanziell bessergestellt sind. Es gibt somit einen sozialen Ausgleich. Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen: Auch bei den drei privaten Gymnasien wurde gespart. Im Rahmen der ASP wurde ein Kostendach festgelegt. Letztes Jahr wurde dies erstmals wirksam. 320 000 Franken, die eigentlich zugesichert gewesen waren, wurden nicht ausbezahlt. Dies ist immerhin eine Kürzung um drei Prozent. Es war nicht die einzige Kürzung, die diese Schulen in den letzten Jahren verkraften mussten. Eines von drei betroffenen Gymnasien hat zum Beispiel wiederholt mit einer Erhöhung der Schulgebühren auf staatliche Beitragskürzungen reagieren müssen. In diesem Jahr war dies nicht mehr möglich. Diese Schule musste eine Verzichtsplannung vornehmen und unter anderem das Freifachangebot reduzieren, um die soziale Aufnahmebereitschaft nicht durch noch höhere Schulgebühren in Frage zu stellen. Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass sich die privaten Gymnasien sehr um die Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen bemühen. Sie haben beispielsweise pro Klasse einen Schüler oder eine Schülerin mit Asperger-Syndrom aufgenommen, und sie unterrichten auch stark sehbehinderte oder blinde Schülerinnen und Schüler, für die sie extra entwickelte Hilfsmittel benötigen. Insgesamt sind die Staatsbeiträge an private Gymnasien gut investiertes Geld und ein kostengünstiger Beitrag, um jungen Leuten mit entsprechenden Fähigkeiten die Maturität zu ermöglichen. Die grüne Fraktion hat dieser Vorlage deshalb diskussionslos zugestimmt. Ich hoffe, dass Sie dies ebenfalls tun.

Donat Schneider, Lyss (UDC). Auch die SVP-Fraktion stimmt diesem Kredit zu. Der Beitrag ist bei uns weitgehend unbestritten. Wir haben auch über dieses Geschäft diskutiert, und die Leistungen, die die drei Institutionen erbringen, sind für uns unbestritten. Eine Anmerkung habe ich noch, die ich zuhänden des Protokolls deponieren möchte und die wir bereits an der Kommissionssitzung vorgebracht haben: An den Berner Gymnasien stehen grössere Investitionen an. Sie wissen, worum es geht, wir haben hier drin auch schon darüber diskutiert. Da die Berechnung des Beitrags abhängig ist von den Kosten, die durch die kantonalen Gymnasien entstehen, würde automatisch auch der Beitrag an die privaten Gymnasien beim nächsten Kredit ansteigen. Wir haben darüber diskutiert, dass man diesen Automatismus nicht einfach so übernehmen sollte. Man sollte diesen Umstand bei einer zukünftigen Berechnung einbeziehen. Dies betrifft nicht den aktuellen Kredit, sondern ist einfach als Hinweis darauf gedacht, dass man diesen Punkt im Auge behalten sollte. Mit dem bestehenden Berechnungs-Mechanismus würden sich Mehrausgaben des Kantons für die kantonalen Gymnasien automatisch auf die Zahlungen an die privaten Gymnasien auswirken, was nicht unbedingt logisch ist.

Eva Baltensperger, Zollikofen (PS). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird diesem Geschäft mehrheitlich zustimmen. Unsere Fraktion anerkennt die gute Arbeit, die von den privaten Gymnasien geleistet wird, auch die Spezialleistungen für die Integration, die Grossrat Vanoni erwähnt hat. Wir wissen auch, dass ein gutes Lernklima von engagierten und motivierten Eltern abhängt. Es erstaunt nicht, dass die privaten Schulen, die von den Eltern speziell ausgewählt wurden, davon profitieren können. Wir wissen auch, dass dank der zusätzlichen Mitfinanzierung durch die Eltern die Kosten für den Kanton geringer sind als an den öffentlichen Schulen. Wo also liegen die Bedenken derer, die sich enthalten oder dem Kredit nicht zustimmen? Einerseits stört es, dass die Lehrpersonen an den Privatschulen nicht dem Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG) unterstehen. Wir haben von Seiten des Kantons keinen Einfluss auf die Anstellungsbedingungen, obwohl wir Geld sprechen. Einzelne von uns möchten gerne etwas dazu

zu sagen haben, wenn sie für einen Bereich Geld sprechen sollen. Andererseits gibt es ein Unbehagen, weil gewisse Familien es sich leisten können, ihr Kind auf ein privates Gymnasium zu schicken. Anderen jedoch steht diese Alternative aus finanziellen Gründen nicht zur Verfügung, wenn es an der öffentlichen Schule nicht so gut läuft. Uns ist bewusst, dass die Elternbeiträge überall einkommensabhängig erhoben werden, aber die monatliche Belastung ist für Haushalte mit kleineren Einkommen trotzdem beträchtlich. Diese Diskrepanz bleibt bestehen.

Schliesslich stört auch das leidige Thema der ungleichen Aufnahmeverfahren. Wir wissen, dass die privaten Schulen nicht zur gleichen Zeit mit den gleichen Ellen messen müssen. Was den öffentlichen Schulen verwehrt bleibt, nämlich, den Zeitpunkt der Selektion nach hinten zu verschieben, dürfen die privaten Gymnasien praktizieren. Man gibt den interessierten jungen Leuten die Chance, in eine weiterführende Schule einzusteigen und sich dort zu bewähren. Das ist eine krasse Ungleichheit der Voraussetzungen, die unsere Fraktionsmitglieder verurteilen, unabhängig davon, ob sie dem Kredit zustimmen oder nicht.

Le président. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat. Der Regierungsrat will sich ebenfalls nicht äussern. Somit kommen wir zur Abstimmung über diesen Kredit. Wer ihn gemäss Antrag der BiK und der Regierung genehmigen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Vote

Décision du Grand Conseil :

Adoption

Oui	125
-----	-----

Non	5
-----	---

Abstentions	3
-------------	---

Le président. Sie haben den Kredit genehmigt mit 125 Ja gegen 5 Nein bei 3 Enthaltungen.